

Themen zum Seminar

„Die Krise des Euro als Krise des Rechts?“

Wintersemester 2012/2013

1. Die Sicherung der Stabilität des Euro vom Vertrag von Maastricht bis zum Vertrag von Lissabon: Europarechtliche Maßnahmen und verfassungsrechtliche Vorgaben
2. Der Bruch des Stabilitäts- und Wachstumspakts durch Deutschland und Frankreich im Jahre 2003, die Entscheidung des EuGH vom 13. Juli 2004 (Rs. C-27/04) und seine anschließende Änderung im Jahre 2005.
3. Griechenland-Hilfen und EFSF im Lichte der identitätsbestimmenden Staatsaufgaben des Lissabon-Urteils des BVerfG - Wie weit reicht die Budgethoheit des Parlaments?
4. ESM und Fiskalpakt vor dem BVerfG – Die Debatte um die verfassungsrechtliche Zulässigkeit
5. Die "Ultra Vires" Kontrolle im Maastricht- und Lissabon-Urteil des BVerfG im Hinblick auf die europäischen Maßnahmen zur Krisenbekämpfung
6. Die nationale Identität als Grenze des europäischen Finanzkrisenbekämpfungsrechts - eine Gegenüberstellung des Art. 4 Abs. 2 S. 1 EUV und der Art. 23 Abs. 1, 79 Abs. 3 GG im Lichte der Eurorettung
7. Die Rolle des Art. 23 GG im Rahmen der Eurorettung außerhalb der Unionsverträge (EFSF, ESM, Fiskalpakt).
8. Bundesregierung und Bundestag im Kontext von EFSF und ESM - Wie weit reicht der Kernbereich exekutiver Eigenverantwortung? (BVerfG NVwZ 2012, 954).

9. Eurorettung hinter verschlossenen Türen - Das sog. Neunergremium und die Repräsentationsfunktion des Abgeordneten (BVerfG, NVwZ 2012, 495)
10. Das sog. Bailout-Verbot des Art. 125 AEUV im Lichte der Staatsschuldenkrise.
11. Die europa- und verfassungsrechtliche Zulässigkeit von sog. Eurobonds
12. Die Rolle des Art. 136 Abs. 3 AEUV in der europäischen Staatsschuldenkrise - selbständiger Motor oder unselbständiger Begleiter der Eurorettung
13. Von der wirtschaftspolitischen Koordinierung zur „Europäischen Wirtschaftsregierung“?
14. Die verfassungsrechtliche Debatte um ein Referendum im Rahmen der demokratischen Legitimation des europäischen Finanzkrisenbekämpfungsrechts?
15. Möglichkeiten und Grenzen eines partiellen Austrittsrecht und einer partiellen Austrittspflicht für finanzschwache Mitgliedstaaten
16. Finanzhilfen für Mitgliedstaaten außerhalb der Eurozone - Möglichkeiten und Grenzen im Vergleich zum Recht der Währungsunion
17. Die europarechtliche Zulässigkeit der Maßnahmen der Europäischen Zentralbank im Lichte des Art. 123 AEUV.